

Stettiner Zeitung.

Nr. 538.

Abendblatt. Montag, den 16. November

1868.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Fünfte Sitzung vom 14. November.

(Schluß.)

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung: Vorberathung des Staatshaushalts-Etat pro 1869. General-Diskussion. Hierzu liegt folgender Antrag des Abg. Lasker vor: „Das Haus wolle beschließen zu erklären, im Interesse Preußens und des norddeutschen Bundes ist es dringend gerathen, daß die eigenen Einnahmen des Bundes vermehrt werden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß hierdurch keine Überbürdung in Preußen verursacht, vielmehr für den Fall einer Erhöhung der Steuern und Abgaben im Bunde gleichzeitig ein den Verhältnissen entsprechende Entlastung in Preußen sicher gestellt werde.“

Der erste Redner ist der Abg. v. Bender: Ich befasse bei dem vorliegenden Etat zunächst den Mangel an objektiver Wahrheit. Es wäre eine doppelte Pflicht des Finanz-Ministers gewesen, im gegenwärtigen Augenblick mit der vollen Wahrheit hervorzutreten. Der Fehler des Etats liegt meiner Ansicht nach in den Ausgaben, indem eine große Menge Ausgaben zurückgestellt sind, welche umganglich nothwendig waren. Ein ferner Fehler liegt darin, daß der Finanz-Minister uns auf Hoffnungen verweist, deren Erfüllung nicht in der Macht der Regierung und des Hauses liegt, daß er uns auf die Hoffnung verweist, der Reichstag werde in diesem Jahre Beschlüsse fassen, die er im vorigen Jahre verworfen hat. Es hätte in dem Etat das Defizit richtig nicht auf 5, sondern auf 18 Mill. Thlr. angegeben werden müssen. Deshalb halte ich unsern Lage noch nicht für schlecht; wir können noch über Einnahmen verfügen, welche noch erhöht werden können. Allein zwei Punkte sind es, die unserer ernstesten Erwagung unterzogen werden müssen; einmal das übermäßige Anschwollen unserer Schuldenlast und zweitens das Anschwollen der Militärlast. Wenn wir nicht ohne neue Steuern auskommen können, so liegt darin alle Veranlassung, die gegenwärtige Lage ernst zu prüfen. Wir können keine neuen Finanz-Projekte entwerfen; wir haben die Pflicht der äußersten Sparsamkeit im eigenen Hause und deshalb sehe ich keinen anderen Weg, als die Vorschläge der Regierung zu acceptiren. Wenn ich behauptet habe, unsere Steuerkraft kann noch erhöht werden, so denke ich dabei zunächst an die Einkommensteuer. Viele im Lande sind der Ansicht, daß durch eine richtige Einchägung der Einkommensteuer wohl die Hälfte unseres Defizits gedeckt werden könnte. Ich bin der Ansicht nicht, wohl aber meine ich, daß eine nicht unbedeutende Erhöhung der Einnahmen dadurch herbeigeführt werden könnte. Der Redner tadelte hierauf scharf die vom Handelsminister verfolgte Eisenbahnpolitik, welche in mancher Beziehung, namentlich den Grundbesitz erheblich geschädigt habe und empfiehlt nochmals die eingehendste Prüfung und größte Sparfaamkeit, denn nur dann werde man mit Ruhe den Vorlagen des Jahres 1870 entgegensehen können. Lassen Sie uns, so schließt der Redner, nur an jenem alten Grundsatz der preußischen Finanzpolitik festhalten: keinen Groschen ohne Notz ausgeben, keine Ausgabe ohne entsprechende Einnahme.“

Finanz-Minister v. d. Heydt: Ich würde nicht das Wort ergreifen, wenn nicht der Vorredner einen sehr schweren Vorwurf gegen die Regierung ausgesprochen hätte, indem er sagte: er habe in dem vorliegenden Etat einen Mangel an objektiver Wahrheit vermisst. Ich weiß nicht, was der Abgeordnete durch diese Worte hat andeuten wollen. Man könnte sie so auslegen, als ob Thatsachen nicht der Wahrheit gemäß vorgetragen, als ob irgend etwas verschwiegen wäre. Ich erwarte von dem Abgeordneten, daß er seine Worte näher deklarire und darthue; ich halte dies für die Pflicht eines Abgeordneten, daß, wenn er solche Vorwürfe erhebt, er sie auch beweist. Der Abgeordnete hat meine Finanzpolitik angegriffen und dennoch die Schwierigkeiten anerkennen müssen, die derselben entgegenstehen. Ich hätte es mehr am Orte gefunden, wenn der Abgeordnete uns im vorigen Jahre Sparfaamkeit empfohlen hätte. (Sehr richtig.) Haben Sie doch die Güte, sich zu erinnern, was mir vom Hause im vorigen Jahre Alles empfohlen worden ist. Der Finanz-Minister hat Ihnen im vorigen Jahre gesagt, daß der Etat eigentlich ein Defizit hat. Der Abgeordnete hat auf die Höhe der Schulden hingewiesen. Ich weiß nicht, ob es im Interesse des Hauses liege, die Dinge schwärzer zu malen, als sie wirklich sind. Man kann nach solchen Jahren, wie wir sie erlebt haben, sehr wohl ein Defizit haben und darum braucht die Finanzlage noch nicht schlecht zu sein. Kaum der Abgeordnete mit einem Vorwurf daran machen, daß ich die Hoffnung ausgesprochen habe, es werde sich im künftigen Jahre Handel und Wandel wieder heben? Ich habe es freilich nicht in der Hand, die Einnahmen zu vermehren. Ich halte es nicht an der Zeit, im gegenwärtigen Augenblick mit einer Steuererhöhung hervorzutreten; sein Sie aber versichert, die Einkommensteuer wird erhöht werden. (Heiterkeit.)

Ich bedauere, daß man dem Handels-Minister Vorwürfe über seine Politik in seiner Abwesenheit macht, was sonst in diesem Hause nicht Sitte ist. Ich hätte gewünscht, der Abgeordnete hätte die schweren Vorwürfe nicht gemacht, für die ich keinen rechten parlamentarischen Ausdruck habe.

Abg. Lasker: Ich glaube, die Thatsache, daß die Regierung uns die Zustände im vergangenen Jahre als sehr blühend dargestellt und uns dadurch zu verschiedenen Ausgaben veranlaßt hat, als notorisch bezeichnet zu können. (Sehr richtig.) Als wir die 25 Millionen zur Abfindung der deposedirten Fürsten bewilligen sollten, da wurde auf das Zeugniß des Herrn Finanzministers mit den Worten hingewiesen: Sieht der Herr wohl so aus, daß er 25 Millionen zahlen würde, wenn er sie nicht in der Tasche hätte? Der Abg. v. Bender hatte die Abfertigung nicht verdient, welche der Herr Finanzminister ihm hat zufommen lassen, und die er ihm nur zukommen lassen konnte, weil er am Ministerthale sitzt und nicht auf den Bänken des Hauses, da sonst mancher seiner Ausdrücke Rügen verdient haben würde. — Der Hauptfehler bei uns liegt darin, daß weder die Regierung, noch wie das Material vollständig beherrschen, sondern nur der Kalkulator. Ein hoher Staatsbeamter hat mir gesagt, er sei, nach Neorganisation der Verwaltung bereit, dieselbe um 50 p.C. billiger zu übernehmen und werde noch ein gutes Geschäft dabei machen. (Heiterkeit) Auch die Justiz-Verwaltung könnte billiger geführt werden und aus solchen Thatsachen hätte man lernen sollen. Ich habe nur das Wort ergripen um die Frage zu erörtern, wie das Verhältnis des norddeutschen Bundes zu Preußen geordnet werden solle. Im Interesse des norddeutschen Bundes spreche ich den Wunsch aus, daß die Einnahmen des Bundes vermehrt werden möchten. Wo guter Willen vorhanden ist, da sind auch die Mittel vorhanden. Wir wollen redlich an unserem Theile mitwirken, aber auch dafür sorgen, daß durch die Versorgung des Bundes Preußen nicht überbürdet werde und dazu habe ich meinen Antrag gestellt. (Bravo.)

Präsident von Horckenbeck: Hätte der Herr Finanzminister die vom Vorredner bezeichneten Worte gebraucht, so würde ich gewußt haben, wie ich die Würde des Hauses und des einzelnen Abgeordneten auch dem Finanzminister gegenüber zu wahren habe. Der Herr Finanzminister hat allerdings das Wort „Phrasen“ gebraucht; aber im Interesse der Rechtfertigung habe ich geglaubt, dasselbe rein objektiv beurtheilen zu müssen. (Bravo.)

Finanzminister v. d. Heydt: Ich danke dem Herrn Abg. Lasker, daß er mir Gelegenheit giebt zu erklären, daß es mir nicht im Entferntesten eingesessen ist, irgend etwas zu sagen, was den Herrn Abg. v. Bender persönlich hätte berühren können. (Beifall.) Der Abg. Lasker hat gesagt, es würde in der Verwaltung erheblich gepaart werden können, wenn man mit Hilfe des Vorlagen des Jahres 1870 entgegensehen könnten. Lassen Sie uns, so schließt der Redner, nur an jenem alten Grundsatz der preußischen Finanzpolitik festhalten: keinen Groschen ohne Notz ausgeben, keine Ausgabe ohne entsprechende Einnahme.

Finanz-Minister v. d. Heydt: Niemand wird in Abrede stellen können, daß die Ausgaben des Etats so gering gestellt sind, als möglich. Was die zur Deckung des Defizits in Vorschlag gebrachten Mittel anbetrifft, so können wir darin nicht dasjenige sehen, was unter andern Umständen unter andern Verhältnissen ratsam gewesen wäre; allein die Gründe, welche der Finanzminister angegeben hat, welche der Finanzminister angegeben hat, müssen wir anerkennen. So lange die Matricularbeiträge für den norddeutschen Bund nicht ermäßigt werden können, so lange werden wir auch das Defizit behalten. Wir haben die Hoffnung, daß der Reichstag durch eigene Einnahmen seine Ausgaben werde bestreiten können, wir haben nicht die Macht, in irgend einer Weise einzugreifen.

Abg. Dr. Glaser: Niemand wird in Abrede stellen können, daß die Ausgaben des Etats so gering gestellt sind, als möglich. Was die zur Deckung des Defizits in Vorschlag gebrachten Mittel anbetrifft, so können wir darin nicht dasjenige sehen, was unter andern Umständen unter andern Verhältnissen ratsam gewesen wäre; allein die Gründe, welche der Finanzminister angegeben hat, welche der Finanzminister angegeben hat, müssen wir anerkennen. So lange die Matricularbeiträge für den norddeutschen Bund nicht ermäßigt werden können, so lange werden wir auch das Defizit behalten. Wir haben die Hoffnung, daß der Reichstag durch eigene Einnahmen seine Ausgaben werde bestreiten können, wir haben nicht die Macht, in irgend einer Weise einzugreifen. (Sehr wahr.) Der ganze Schwerpunkt liegt darin, daß wir die Ausgaben des Bundes verringern. Die größte Schwierigkeit hierfür liegt aber in der Bundesverfassung, weil die meisten Ausgaben auf einem Gebiete beruhen, auf dem der Reichstag sich selbst die Hände gebunden hat, nämlich in der Militär-Verfassung. (Sehr richtig.) Der norddeutsche Reichstag hat die Pflicht, allen andern Körperchaften mit gutem Beispiel voranzugehen, die Militärlast zu erleichtern. (Bravo.) Die innere Politik hängt sehr

innig zusammen mit unsern Finanzen. Wenn man fragt: weshalb soll eine wesentliche Berringerung der Militärmacht nicht eintreten, so erhält man die Antwort, daß es die Drohungen unserer Feinde sind, die eine Restauration der deposedirten Fürsten bezeichnen. Wir müssen den Bevölkerungen große geistige Güter bieten. Keine Last drückt so schwer, als die moralische Last, daß die Völker, trotzdem sie einem großen Staate angehören, nicht eine freiere Verwaltung haben. Durch den Minister des Innern und den Kultusminister hat die Verwaltung es möglich gemacht, die Herzen wieder nach dem Kurfürsten und dem Erkönig verlangen zu lassen, welche früher mit Jubel die Preußen aufgenommen haben. (Bravo.)

Finanzminister v. d. Heydt: Die Abfindung der deposedirten Fürsten war kein Alt der bloßen Liberalität, sie bildete vielmehr mit der Politik ein großes Ganze. Ich habe als Finanzminister dahin gewirkt, daß nicht Domänen und Forsten gegeben wurden. Ich habe mich bereits erklärt, lieber eine größere Summe zu geben und dafür hätte ich guten Grund. Es ist keine Veranlassung vorhanden, über etwas zu klagen, was Sie selbst als recht gebilligt haben.

Abg. v. Sybel: Bei der Abfindung der deposedirten Fürsten ist eine neue Zinslast für unser Budget entstanden, da die Fürsten in Staatsobligationen befriedigt werden sollten. Dies kann vielleicht belegt werden, da man die preußische Staatskasse nicht zu einer Sparkasse für die bittersten Feinde Preußens machen darf. Man hofft von der Selbstverwaltung Erleichterungen. Ich schwärme für die Selbstverwaltung, weiß aber nicht, wie daraus eine finanzielle Erleichterung herleitet werden soll, denn es ist doch keine Erleichterung, wenn man die Kosten der Verwaltung aus der Provinzial-, statt aus der Staatskasse nimmt. Es ist ferner darauf hingewiesen, daß Hülfte nur durch Errichtung des Militäretas zu schaffen wäre. Es hieß überschüssige Dinge diskutieren, wenn man der Regierung eine Beschniedlung des Militäretas und ein Vorgehen mit großen Friedensproklamationen anempfehlen wollte. Als praktische Männer können wir die Sache nur so nehmen, wie sie liegt, und den Vorschlägen der Regierung nur zustimmen.

Abg. Tweten beleuchtet zunächst die Rede des Finanzministers bei Einbringung des Etats und hebt hervor, daß es nothwendig sei, erst zu übersehen, wie viel Einnahmen man habe, bevor man an die Feststellung der Ausgaben gehe. Wenn zur Deckung des Defizits eine Entnahme aus dem Staatschaz nicht stattfinden darf, so wird nichts anderes übrig bleiben, als von den Altivorderungen des Staats zu ändern. Die Königl. Staatsregierung ist allerdings bei Vorlegung des Etats nicht mit der Vorsicht zu Werke gegangen, welche wir erwarten durften.

Die Verantwortlichkeit für die 25 Millionen zur Abfindung der deposedirten Fürsten kann von der Staatsregierung nicht auf die Volksvertretung abgewälzt werden. Die Staatsregierung wußte, daß sie die Bewilligung zur Ausgabe nicht erhalten würde, noch daß eine Bewilligung in einem so hohen Grade ausgesprochen werden würde und darum hat sie auch die Bewilligung in diesem Hause gar nicht nachgesucht, sondern nur angezeigt, daß diese 25 Millionen mit der Unterschrift des Königs verausgabt seien und es nun dem Hause überlassen, ob es veruchen wolle, mit der Verfassung der Ausnahme der Summe in den Etat einen schweren Konflikt mit der Staatsregierung herauszubeschwören. Wenn der Herr Minister gesagt hat, er sei vom Hause zu erhöhten Ausgaben gedrängt worden, so mag er doch erwägen, wie gering die Summen sind, die auf Antrag des Hauses ausgegeben wurden, z. B. für den Notstand in Ostpreußen, im Verhältnis zu denen, die auf Forderung der Regierung bewilligt wurden. Der Redner geht hierauf speziell und sehr ausführlich auf die einzelnen Etatpositionen ein, die er mit einander vergleicht. — Eine Ermäßigung der Militärlast ist allerdings ein ganz berechtigter Wunsch, ich glaube aber nicht, daß dies in der nächsten Zeit schon zu erreichen ist. Wir brauchen eine Armee und werden sie in den nächsten Jahren nicht vermindern können. Erst wenn wir ganz Deutschland vereinigt haben, werden wir im Stande sein, den übrigen Staaten ein gutes Beispiel zu geben. — Wenn schon die finanziellen und volkswirtschaftlichen Rücksichten daran hindrängen, zu dauernden Institutionen zu kommen, so thun es weit mehr noch die politischen Rücksichten. Wenn die preußische Staatsregierung sich nicht auf der Höhe dieser Ansicht befindet, so bedauern dies Diejenigen am meisten, denen die Entwicklung Deutschlands am Herzen liegt. Es wird die Regierung dahin gedrängt werden, Ernst zu machen, mit dem, was schon längst hätte gegeben sollen und was nur zum Schaden länger hätte verdrängt werden können. (Bravo.)

Ein Antrag auf Schlüß der General-Diskussion wird abgelehnt, ein Antrag auf Vertagung der Sitzung dagegen angenommen und nach einer kurzen persönlichen

Bemerkung des Abg. v. Benda die Sitzung um 4 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr.

Tagesordnung: Verlehung der Interpellation des Abg. v. Bonin wegen der Stellvertretungskosten und Fortsetzung der Vorberathung des Budgets.

Deutschland.

Berlin, 15. November. Wir haben schon öfter erwähnt, daß die österreichischen Blätter systematisch darauf ausgehen, die öffentliche Meinung Europas über die Angelegenheiten Rumäniens irrgänzt. Neuerdings ist nun von Wien aus bekanntlich auch gemeldet worden, daß zwischen den Mächten Verhandlungen über eine Revision derjenigen Artikel des Pariser Vertrages von 1856 schwelen, welche die Verhältnisse der Donaupräfektur und die Beziehungen derselben zur Pforte betreffen. Die Revision sollte nach diesen Nachrichten darauf gerichtet werden, der Türkei die Befugnis zugestehen, möglichst einseitig und ohne Zuratzeziehung der Garantimächte sich in die Angelegenheiten der Donaupräfektur einzumischen. Dadurch würde es natürlich Österreich zugleich möglich werden, der Pforte mit seinen Ratschlägen wirksamer und erfolgreicher zur Seite zu stehen als jetzt. Diese Nachrichten der „Wiener Presse“ werden nun heute von französischer offizieller Seite bestätigt mit der Bemerkung, daß von solchen Verhandlungen unter den Großmächten keine Rede gewesen sei. Diese Erklärung der französischen offiziellen Blätter ist nun kaum nach Wien gelangt, aber trotzdem bringt die Wiener „Presse“ bereits wieder die neue Nachricht, daß es sich zwar nicht um eine Revision, aber um eine Interpretation des Pariser Vertrags handele, die in einem Nachtragsprotokoll niedergelegt werden soll. Es ist wohl vorauszusagen, daß auch diese Mitteilung der „Presse“ nicht mehr Grund als die frühere hat. — Die Regierung hat durch den Finanzminister v. d. Heydt, als den Vertreter des Ministerpräsidenten, die Interpretation des Abg. Löwe wegen Aufhebung der zwischen Preußen und Russland bestehenden Kartell-Konvention dahin beantwortet, daß sie es nicht für zeitgemäß halte, sich über die berührte Frage näher zu äußern. Es ist anzuerkennen, daß selbst in liberalen Abgeordnetenkreisen und in liberalen Organen die Überzeugung besteht, daß die von den Abg. Löwe und Genossen beabsichtigte Demonstration die angebliche Wirkung auf eine Reform des russischen Handelsystems nicht üben, daß sie dagegen nur die guten Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten trüben werde, und zwar zu einer Zeit, wo diese guten Beziehungen nicht zu schädigen, sondern zu verstetigen sind. — Aus einigen Artikeln konservativer Organe, namentlich der „Kreuzzeitung“ und der „Zeitungsschau“, ist von liberaler Seite der Schluss gezogen worden, daß eine Neubildung oder andere Gruppierung der konserватiven Partei bevorstehe. Der Schluss ist nicht gerechtfertigt. Die betreffenden Artikel sprechen nur die Ansichten ihrer Verfasser aus und in wohlunterrichteten konservativen Kreisen ist von einer Umgestaltung der konserватiven Partei nichts bekannt. Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, daß die gegenwärtige Situation der konservativen Partei manigfach, z. B. in der Frage der Selbstverwaltung, der Reform der Kreisverfassung usw. Gelegenheit geben wird, unbestimmte Stellung einzunehmen.

Berlin, 15. November. Die Wahl des Königs Wilhelm zum Schiedsrichter in Betreff der Frage, ob England für das Auslaufen der „Alabama“ und den dadurch angerichteten Schaden verantwortlich sei, wird von „Daily Telegraph“ entschieden gutgeheißen. „Der persönliche Charakter König Wilhelms“, sagt das genannte Blatt, sowie seine Familienverbindungen mit unserem Hause stellen ihn über allen Verdacht eines Vorurtheils gegen uns, während die engen moralischen, pfamiliären und Familienverbindungen seiner Unterthanen mit der Union eben so viele Motive zu freundlichen Gesinnungen seinerseits gegen die Vereinigten Staaten sind. Es ist dabei auch noch in Betracht zu ziehen, daß Preußen der erste Staat war, der einen Neutralisationsvertrag mit Amerika abschloß, und daß dem König in Berlin die Erfahrung und Weisheit mehrerer hervorragender Autoritäten in der Kunde des Völkerrechtes zu Gebote stehen, so daß man die Entscheidung in jeder Beziehung vertrauensvoll in seine Hand legen darf. So paradox es erscheinen mag, so ist es wirkliche Thatsache, daß ein Endurteil nach der einen wie der anderen Seite hin für England ein Gewinn sein wird. Sollte der König entscheiden, daß wir nicht im Unrecht gewesen seien, so würde sein Spruch nothwendig einen günstigen Eindruck auf die öffentliche Meinung in Amerika machen und unsere Vetter zu der Ueberzeugung bringen, daß wir nicht ungerecht waren; sollte er sich aber zu unsern Ungunsten äußern, so werden wir allerdings eine gewisse Summe Geldes zu erlegen haben, aber auch eine bessere Quelle der Zwietracht verstopfen.“ Im Uebrigen glaubt der „Telegraph“, dürfte es sich empfehlen, für ähnliche vorkommende Fälle die

Rechtsfrage festzustellen, ob ein neutraler Staat für den Schaden verantwortlich sei, den ein in seinen Häfen gebautes, obwohl nicht equipirtes Kriegsschiff der einen kriegsführenden Partei der Gegenpartei zufüge, damit eine Entscheidung hierüber durch internationale Einigung als völkerrechtlicher Grundsatz adoptirt werde.

Der Botschafter Graf v. d. Goltz wird einer aus Paris hier eingegangenen Nachricht zufolge am 16. von dort nach Berlin abreisen.

Dem Generalstab der Armee gehört nach den stattgehabten Erweiterungen gegenwärtig ein aus 174 Offizieren bestehendes Personal an. Dasselbe besteht aus 1 Chef (General v. Moltke), 1 Generalleutnant, 3 General-Majors, 15 Obersten, 6 Oberslieutenant, 49 Majoren, 50 Hauptleuten und 1 Premier-Lieutenant.

Hierzu treten noch 40 aus der Armee zur Dienstleistung bei der Landestriangulation und zu sonstigen wissenschaftlichen Zwecken abkommandierte Hauptleute und Lieutenantants.

Zu der Nachricht, Prinz Wilhelm von Hanau habe seinen Vater, den Kurfürsten, beim Appellationsgericht in Kassel wegen Zahlung von 10,000 Thlr. jährlicher Apanage, die er ihm bei seiner Verheirathung versprochen, verklagt, macht die „Hess. Volksztg.“ folgende Bemerkung: „Wie wir hören, ist die Klage vom Gericht einfach abgewiesen worden. Dieselbe war auch nicht auf Zahlung der dem Prinzen versprochenen Apanage, die er jährlich erhält, sondern auf die 10,000 Thlr., die seiner nun geschiedenen Gemahlin vom Kurfürsten versprochen waren, gerichtet.“

Nendsburg, 14. November. Provinziallandtag. Bei der Berathung über die Proposition des Abgeordneten Stau, betreffend die Anwendung der dänischen Sprache bei den Landtagsmittheilungen, wurde der Antrag der Majorität des Ausschusses, wonach Alles, was den Mitgliedern des Landtages gedruckt oder geschrieben würde vorgelegt werden, den dänisch redenden Deputirten in dänischer Uebersetzung zugestellt werden soll, mit allen Stimmen gegen drei angenommen, mit dem Zusatze, daß der regelmäßige Geschäftsgang durch Ausführung jenes Beschlusses in keiner Weise gestört oder beeinträchtigt werden dürfe. Zum Sitz des Provinziallandtages wurde vorläufig Nendsburg gewählt. — Heute fand die Wahl eines aus drei Mitgliedern bestehenden ständigen Ausschusses statt, welcher mit der Regierung wegen provinzialer Selbsterverwaltung verhandeln soll. Gewählt wurden Ahlefeldt, Uetersen und Wiggers.

Dresden, 14. November. Das „Dresdner Journal“ veröffentlicht eine Königliche Verordnung, durch welche Personen, welche bei entzredenden Vergehen nur beschränkt flagfrei erklärt, oder in Ermangelung mehreren Verdachtes freigesprochen worden sind, wieder in den Genuss der dadurch verlustig gewordenen Ehrenrechte eingefestzt werden.

Schwerin, 14. November. Nach dem heute erschienenen Regierungsblatte hat der Großherzog dem bisherigen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königlich preußischen Hofe, General-Lieutenant v. Sell, eine andere Bestimmung gegeben und den früheren Strelitzschen Staatsminister v. Bülow in gleicher Eigenschaft am Königlich preußischen Hofe beglaubigt.

Darmstadt, 14. November. Das Regierungsblatt publiziert eine Bekanntmachung des Kriegsministeriums, laut welcher aufgrund Großherzoglicher Entschließung die Formation der Landwehr mit dem 1. Januar 1869 ins Leben tritt. Eine weitere Bekanntmachung des Kriegsministeriums publiziert ein Großherzogliche Verordnung, wonach die preußische Verordnung über die Ergänzung der Offiziere des stehenden Heeres vom 31. Oktober 1861 unter Aufhebung der jetzt bestehenden Großherzoglichen Verordnungen, für die hessische Division zur Einführung gelangt.

Karlsruhe, 14. November. Der „Karlsruher Zeitung“ zufolge werden demnächst in Berlin Verhandlungen zwischen der preußischen und hiesigen Regierung behufs Regelung der Verhältnisse der beiden seitigen Gerichtsbarkeit stattfinden.

München, 14. November. Die Kaiserin von Russland ist so eben um 8 Uhr 10 Minuten eingetroffen. Der König war ihr bis Kusstein entgegengefahrene. Da die Kaiserin jeden festlichen Empfang dankend abgelehnt hatte, war ihr Wunsch respektiert worden.

Ausland.

Pesth, 11. November. Auf Antrag Deal's beschließt das Unterhaus bezüglich der Niederlegung der Delegations-Mandate von Seiten der Mitglieder der Linken, daß die Mandatsniederlegung nicht verhindert wird und daher andere Mitglieder gewählt werden; gleichzeitig verwahrt sich das Haus gegen die Behauptung der Linken, daß der zwölftste Artikel des Gesetzes vom Jahre 1867 verletzt werde, und erklärt den Austritt aus der Delegation für unmotiviert. Hieraus wird ein Allerhöchstes Handschreiben über Tumme verlesen und im Sinne desselben beschlossen, den kroatisch-ungarischen Ausgleich der Sanktion zu unterbreiten und Beifalls-Austragung des Ausgleichs wegen Tumme eine Kommission, bestehend aus vier ungarischen, vier kroatischen und vier türkischen Vertrauensmännern zu entsenden.

Pesth, 14. November. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde der Gesetzentwurf über den Ausgleich mit Kroatiens angenommen. Das Budget von vier Ministerien ist bereits erledigt. Der Reichskanzler Beust kommt morgen hier an.

Brüssel, 13. November. Der „Etoile Belge“ meldet nach ihm zugegangenen besonderen Mittheilungen,

dass sich im Besinden des Kronprinzen eine kleine, aber forschende Besserung zeige. Seit dem Krisis, welche vor Kurzem dem Leben des Königlichen Kindes ein plötzliches Ende zu machen drohte, ist diese Besserung eingetreten. Das Bulletin der Aerzte meldet indessen noch immer: der Zustand ist unverändert. Gestern hatte der Prinz de Ligne und heute der Präsident der Zweiten Kammer, Herr Dolez, eine besondere Audienz bei dem Könige, um denselben, dem Beschlüsse des Senates und des Repräsentantenhauses gemäß, die Theilnahme beider Körperschaften auszusprechen.

Brüssel, 15. November. Es wird gemeldet, daß die Gräfin von Flandern sich guter Hoffnung befindet.

Paris, 13. November. Die Aufregung in Paris ist in der Zunahme begriffen. Die Debatten im Justizpalaste und die Aussichten auf einen neuen Staatsstreich, welchen der „Gaulois“ ankündigt, haben Jedermann mit Besorgnissen erfüllt. Was die Absichten der Regierung anbelangt, so werden dieselben übrigens zur Genüge durch die Rede, welche heute die Staatsbehörde im Justizpalast hielte, angedeutet, und außerdem durch den offiziösen „Etendard“ betont, der heute auch zu beweisen sucht, daß eine Verschwörung besteht und die Regierung in ihrem vollen Rechte ist, daß sie zu Gewaltmaßregeln ihre Zuflucht nimmt. „Heute“, so sagt der „Gaulois“, ist kein Zweifel mehr zulässig. Die Koalition hat die Masken abgeworfen, sie bespricht nicht mehr die Erlangung dieser oder jener Reform, dieses oder jenes Gebietes der Freiheit, sie protestiert gegen die Regierung des Kaiserlichen Regimes selber; sie verleiht die Autorität der souveränen Volksabstimmungen, durch welche die französische Nation sich in dem vor 17 Jahren erhobenen Konflikte zwischen zwei Gewalten ausgesprochen hat, welche beide ihr ihren Ursprung verdanken. Das ist die Bedeutung der Zwischenfälle vom 2. November, das ist die Rechtfertigung der festen Haltung und der vom Gouvernement des Kaisers einstimmig genommenen Entschließung.“

Paris, 14. November. Rossini ist heute Morgen seinem Leiden erlegen.

Paris, 14. November. Man behauptet, gegen die Zeitung „Gaulois“ sei wegen Verbreitung falscher Nachrichten gerichtlich eingeschritten. — „Gaulois“ hält seine Mittheilung von dem Bestehen einer Verschwörung aufrecht. — „Patrie“ erklärt die Nachricht, der preußische Botschafter Graf v. d. Goltz wird am Montag nach Berlin reisen.

Heute Nachmittag um 2 Uhr fand die Fortsetzung des Prozesses wegen der Kundgebungen auf dem Kirchhof Montmartre und der Zeichnungen für das Baudin-Denkmal statt; die Advokaten hielten ihre Vertheidigungsreden.

„Etendard“ jagt, indem er die Behauptungen des „Gaulois“ widerlegt, die Regierung habe kein Komplott entdeckt, die Voraussetzung jenes Blattes, bezüglich des allgemeinen Sicherheitsgesetzes seien ebenfalls unbegründet. Die durch das Attentat Orsini's hervorgerufenen diskretionären Maßregeln seien aufgehoben. Die Regierung habe weder an eine Wiedereinführung noch an eine Verschärfung derselben gedacht; die gegenwärtig bestehenden Gesetze seien, mit Festigkeit gehabt, ausreichend.

In dem Prozesse wegen der Subskription für das Baudin-Denkmal hat der Gerichtshof Herrn Gaillard sen. und den Redakteur des „Reveil“, Quentin, zu einer Geldbuße von 500 Francs, Herrn Gaillard jun. zu 150 Francs und einem Monat Gefängnis, Herr Peyronant zu gleichem Strafmaße; den Chefredakteur vom „Reveil“, Delescluze, zu 2000 Francs und sechsmalmonatlichem Gefängnis; den Chefredakteur vom „Avenir national“, Peyrat, den Direktor der „Tribune“, Chamel-Lacour, und dem Direktor der „Tribune“, Duret, jeden zu 2000 Francs verurtheilt.

Madrid, 14. November. Das Manifest des aus der Vereinigung der drei liberalen Parteien hervorgegangenen Centralwahl-Comites ist nun veröffentlicht: Es proklamirt alle Freiheiten, welche früher seitens der revolutionären Juntas proklamirt waren, natürlich auch die Religionsfreiheit, die, wie es in dem Manifeste heißt, das Recht des Gewissens für immer heilig halten lassen und sicher stellen müsse. Die Stelle hinsichtlich der Regierungsform lautet: Die monarchische Regierungsform stellt sich uns nach dem Verlaufe unserer Revolution zur festen Begründung der Freiheit als nothwendig hin. Das Königthum von Gottes Gnaden ist in Spanien für immer zu Grabe getragen; das Königthum der Zukunft soll aus den Volksrechten neu ersehen, es soll das allgemeine Stimmrecht heilig halten, es soll die Volkssovereinheit verfestigen und alle staatlichen Besugnisse den Rechten der Bürger unterordnen, welche höher stehen als alle sonstigen Einrichtungen und Machtvollkommenheiten einer von demokratischen Staats-einrichtungen umgebenen Monarchie, einer Volksmonarchie. Das Manifest schließt mit den Worten: Die Liberalen werden die von der verfassunggebenden Volksvertretung eingesetzte Staatsoberhaupt respektiren.

Lissabon, 14. November. Nach Berichten aus Rio vom 24. v. M. befand sich die brasilianische Armee, sowie das brasilianische Geschwader vor Angostura. Die Paraguayanen sind bei dem Flusse Surubý geschlagen worden und haben 379 Tote und Verwundete verloren. Ein Angriff auf Vilcabata steht bevor. Lopez hat seine Brüder Benigno und Henancio erschossen lassen. Der neue Präsident der argentinischen Republik hat sich günstig über die Allianz mit Brasilien geäußert.

Havanna, 13. November. In Manzanillo

ist eine Proklamation veröffentlicht worden, welche den Insurgenten eine Frist von acht Tagen zur Unterwerfung gestattet.

Pommern.

Stettin, 16. November. Der Kriminal-Kommissarius Herr Westphal hier selbst, früher Feldwebel der 8. Compagnie des Königs-Regiments, Inhaber des Militär-Ehrenzeichens 1. Klasse, ist wie wir hören, einer gestern hier eingegangenen Mittheilung zufolge zum Sekonde-Lieutenant der Landwehr 2. Aufgebots ernannt worden.

Gestern Nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr entstand in dem Hause Mönchstraße Nr. 17—18 ein Schornsteinbrand, zu dessen Dämpfung es indessen der Thätigkeit der Feuerwehr nicht weiter bedurfte.

Vor einiger Zeit eregte die hier stattgehabte Verhaftung eines auf der Durchreise begriffenen vermögenden Mannes, des Rittergutsbesitzers Ewert zu Klusevitz, und dessen Transport nach Bergen, großes Aufsehen. Ewert wurde demnächst angeklagt, seinen Inspektor Leehausen durch Ueberredung und Missbrauch seines Ansehens als Dienstherr in einer vor dem Polizeirichter gegen ihn anhängig gewesenen Untersuchung zur Ablegung eines wesentlich falschen Zeugnisses verleitet zu haben. Von dieser Anklage ist E. indessen in der am 13. d. Ms. vor dem Schwurgericht in Stralsund stattgehabten Verhandlung völlig freigesprochen.

Die „Ancl. Blg.“ bezeichnet in ihrer gestrigen Ausgabe die Mittheilung Berliner Blätter, daß die Eröffnung der Kriegsschule in Anklam schon zum 1. Mai f. Js. in Aussicht stehe, als einen Unsinn. Sie sagt dabei: „1870 wird sich über die Eröffnung reden lassen.“

In vorlester Nacht sind mittelt Einbrüche aus einem Laden am Bollwerk Nr. 14 circa 460 Thlr. in verschiedenen Münzsorten gestohlen, der Dieb ist bisher indessen nicht ermittelt worden. Der Bebstohlene hat für die Nachweisung des Thäters eine Belohnung von 50 Thlr. ausgesetzt.

Passau, 13. November. Der Geburtstag Ihrer Majestät der Königin-Wittwe, welche Chef des hiesigen Kürassier-Regiments ist, wurde durch Abhalten der Wachtparade auf dem Marktplatz gefeiert. Gestern Abend fand im Offizier-Kasino seitens des Offizierkorps ein Ball statt.

+ **Demmin**, 14. November. Heute erhielten die im Kreise stationirten Fußgendarmen an Stelle der bisher von ihnen im Gebrauch gehabten Perkussions-Gewehre, nach neuester Konstruktion gesetzte Jägerndadelgewehre. Es ist gleichzeitig die Rede davon, daß binnen Kurzem auch den berittenen Gendarmen Revolver als Erfaß für die als unzweckmäßig zu beseitigenden Pistolen geliefert werden sollen. — In der Nacht vom 11. zum 12. d. Ms. wurde auf dem Gutshof zu Cummerow ein frecher Diebstahl verübt. Es wurden mittelt gewaltsamen Einbruchs aus der Speiseschammer und vom Räucherboden zehn Stück Speck, zwölf frische Gänsebrüste, vier Pfund Butter, zwölf seine Brode und eine Quantität Leute-Wäsche als Bettlaken, Handtücher u. gestohlen. Bedeutet man daß die vorstehenden Gegenstände ein Gewicht von circa 500 Pfd. haben, so liegt die Vermuthung nahe, daß sich wenigstens drei Personen an dem Diebstahl beteiligt haben.

Die Neherchen nach den Dieben sind bis jetzt noch ganz erfolglos geblieben. — Das vor einiger Zeit gemeldete Auftreten der Typhuskranke an mehreren Ortschaften des Kreises ist in erfreulichem Abnehmen begriffen, dagegen sind in letzterer Zeit in hiesiger Stadt einige Erkrankungen an der brandigen Bräune (Diphtheritis), einer sehr ansteckenden und daher gefürchteten Krankheit vorgekommen.

(Eingeandert.)

Wie sonderbar manchmal ein frommer, gefälliger Bürger bei seinen Mitbürgern, die auch fromm und gefällig zu sein scheinen, aulaufen kann, das beweist das letzte Kirchen-Cotest von der Jatoby-Kirche, welches durch den Herrn Oberkirchenrath angeordnet wurde, und welchem sich zwei Bürger nämlich der Rentier B. und der Rentier R. unterzogen, und bei dem Hoflieferanten B. welcher auf dem Thore seines Hauses stand, sich stets patriotisch, fromm und gefällig zeigt, mit den Worten empfangen wurden: Sie wollen wohl betteln, Sie würden wohl besser thun, wenn Sie in Ihrem Geschäft blieben, machen Sie, daß Sie rauskommen. Der Abschied war freilich ein recht komischer, und beide Herren empfahlen sich.

Bermischtes.

Berlin. Am Freitag Abend versuchten zwei junge Mädchen, Schwestern, welche in der Landsbergerstraße von einer Kaufmannsfamilie seit einigen Wochen ein Zimmer abgemietet hatten, sich durch Kohlenoxyd-gas zu vergiften. Um sich zu diesem Alt würdig vorzubereiten, ließen sie von ihrer Wirthin, nachdem sie den Ofen mit Steinkohlen geheizt hatten, sich Bier und Wein holen, verriegelten dann die Thür, und versuchten sich durch die vorhandenen Getränke Muß zu trinken. Einige Stunden darauf, die Wirthin war im Nebenzimmer noch mit Nähen beschäftigt, vernahm dieselbe ein dumpfes Röhren. Sie stolperte an die Thür ihrer Mietherinnen, doch keine Antwort erfolgte. Von Besorgniß erfüllt, weckte sie ihren Mann, und nachdem auch dieser vergeblich geklopft, sprengte er mit einem Beile die Thür. Beide Schwestern lagen, wie es schien, leblos auf dem Sophia. Die Luft im Zimmer war erstickend. Schnell rissen die

schnell herbeigerufenen Arzneifundigen gelang es, beide Schwestern ins Leben zurückzurufen. Auf die Frage, weshalb sie den Selbstmord beabsichtigt, gaben sie die Antwort, von ihren Liebhabern, zwei hoffnungsvollen Handlungsbeflissen, verlassen worden zu sein.

Börsen-Verichte.

Stettin, 16. November. Witterung: regnis und trüb. Temperatur + 4°. Wind W.

Weizen still, loco per 2125 Pfd. gelber inländ. 63, 70½ Rb., blauäugiger 61—63 Rb., ungar. 62—67 Rb., bunter 68—69 Rb., weißer 70—74 Rb., 83—85 pfd. pr. Novbr. 70 Rb. Br., Frühjahr 63 Rb. Br. u. Od.

Roggan seine Waare gut verkauflich, andere Sorten weniger beachtet, per 2000 Pfd. loco 55½—56½ Rb., seiner 80 pfd. 57 Rb. bez., November 55 Rb. bez. u. Br., Novbr.-Dezbr. 52½ Rb. Br., Frühjahr 53½, 53, 52½ Rb. bez., Br. u. Od.

Gerste still, loco per ungar. Gitter-geringe 43 bis 44½ Rb., mittlere 47—48 Rb., seine 49—50 Rb., Oderbrück 52½—53½ Rb., Märkte 54 Rb.

Hafser unverändert, pr. 1300 Pfd. loco galiz. 33 Rb. pomim. 35—36 Rb., 47—50 pfd. per Frühl. 35 Rb. Br., Erbsen Futter 62½, 63 Rb.

Rüßöl still, loco 9½ Rb. Br., November 9½ Rb. Br., 9½, Rb. Dezember 9½, Jan. Febr. 9½ Rb. Br., April-Mai 9½ Rb. bez. u. Br., September-Oktober 9½ Rb. bez.

Spiritus ruhig, loco ohne Fass 16½, 17½ Rb., furze Lieferung ohne Fass 16½, 17½ Rb. bez., November 15½, Rb. bez. u. Od., November-Dezbr. 16½, 17½ Rb. Od. Frühjahr 16½, 17½ Rb. bez.

Regulirun 8 Preise: Weizen 70, Roggen 55, Rübbel 9½, Spiritus 15½.

Berlin, 16 November. Staatschuldscheine 81½, Staats-Anleihe 4½, 9½ Rb. Pfandbriefe 80, Pomm. Stettiner Eisenbahn-Aktien 131, Meckl. Eisenbahn-Aktien 74½, Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 191½, Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien 94, Oesterl. National-Anleihe 55, Österreichische Banknoten 87½, Russische Noten 83½, Amerikaner 60%, 75%, Wien 2 Mt 86½, Petersburg 3 B. 93, Cosel-Oderberger 113, Lombardien 106½.

Weizen still, pr. November 63, Roggen matt pr. Novbr. 55½, 55½, pr. Novbr.-Dezbr. 53½, 53½, pr. Frühl. 52, 52½, Rübbel loco 9½, pr. November 9½, 9½, pr. Frühl. 9½, 9½, Spiritus loco 16½, pr. November 16½, 16½, pr. Novbr.-Dezbr. 16, 15½, pr. Frühl. 15½, 15½, Petroleum loco 7½, Hafser pr. November 33½, Frühl. 32½.

Stettin, den 16 November.

Hamburg	6 Tag.	150%	bz
	2 Mt.	150%	bz
Amsterdam	8 Tag.	—	